



Bundesrechtsanwaltskammer
The German Federal Bar
Avenue des Nerviens 85/9
1040 Brussels

Ihre Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

05.05.2019

Sehr geehrte Frau Marton,

hier unsere Antworten zu Ihren Forderungen im Rahmen der Europawahl 2019:

1. Unabhängigkeit durch Selbstverwaltung

Die Bundesrechtsanwaltskammer fordert daher die Kandidaten für das Europäische Parlament auf, sich europaweit für die Unabhängigkeit des Rechtsanwalts und den Erhalt der Selbstverwaltung einzusetzen. Jegliche staatliche Einflussnahme auf Rechtsanwälte, Richter und andere Justizorgane muss vermieden werden.

Dieser Forderung stimmen wir zu und auch der Argumentation, der nichts hinzuzufügen ist.

2. Kommissar/in für Rechtsstaatlichkeit und Justiz

Die Bundesrechtsanwaltskammer fordert daher die Kandidaten für das Europäische Parlament auf, sich dafür einzusetzen, dass ein Kommissar für die Belange aller Justizbereiche und der Rechtsstaatlichkeit zuständig ist, um die Unabhängigkeit der Justiz und Kohärenz der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten.

Dieser Forderung stimmen wir zu. Die Anwaltschaft ist Teil des Justizsystems und sollte allein deshalb schon Teil des Aufgabengebietes des für Justiz zuständigen Kommissionsmitgliedes sein. Langfristig muss es sowieso zu einer Vereinheitlichung der Rechtssysteme innerhalb Europas kommen. Auch dies wäre in dessen Kompetenzbereich anzusiedeln.

**Bundesgeschäftsstelle der
Piratenpartei Deutschland**

Telefon:
+49 30 2757 2040

Telefax:
+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:

**GLS Gemeinschaftsbank
eG**

IBAN DE36430609677006027900
BIC GENODEM1GLS

3. Vertraulichkeit – Grundrecht des Bürgers

Die Bundesrechtsanwaltskammer fordert daher die Kandidaten für das Europäische Parlament auf, das Grundrecht eines jeden Bürgers auf absolute Vertraulichkeit der Anwalts-Mandaten-Kommunikation in allen Rechtsvorhaben zu gewährleisten.

Dieser Forderung stimmen wir zu. Wir setzen uns insbesondere für die Abschaffung jeglicher Möglichkeiten zur Telekommunikationsüberwachung ein, die im Zweifel auch Vertrauenspersonen wie Anwälte betreffen könnten, Stichwort Vorratsdatenspeicherung oder Staatstrojaner.

PIRATENPARTEI
Deutschland

4. Zugang zum Recht durch egalitäre Mittelverteilung

Die Bundesrechtsanwaltskammer fordert daher die Kandidaten für das Europäische Parlament auf, sicherzustellen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in allen Verfahren und in jeder Phase eines Verfahrens Zugang zu einem Rechtsanwalt seiner Wahl hat und jeder Mitgliedstaat bedürftigen Bürgerinnen und Bürgern die erforderliche finanzielle Unterstützung für rechtliche Beratung bereitstellt.

Dieser Forderung stimmen wir bedingt zu. Zwar muss die generelle Möglichkeit bestehen, sich anwaltlich beraten und vertreten zu lassen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass die Möglichkeit besteht, überdurchschnittliche Abrechnungen vornehmen zu können, die im Falle eines Falles der Allgemeinheit in Rechnung gestellt werden. Die freie Wahl muss also an finanziellen Grenzen festgemacht werden, die noch zu bestimmen sind.

Für weitere Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Ganskow

Bundeskoordinator Wahlprüfsteine